Tobias Federwisch

Steuerung von Metropolregionen. Konsequenzen einer politischen Beschleunigungsinitiative

URN: urn:nbn:de:0156-3854122



CC-Lizenz: BY-NC-ND 3.0 Deutschland

S. 141 bis 150

Aus:

Patrick Küpper, Meike Levin-Keitel, Friederike Maus, Peter Müller, Sara Reimann, Martin Sondermann, Katja Stock, Timm Wiegand (Hrsg.)

Raumentwicklung 3.0 – Gemeinsam die Zukunft der räumlichen Planung gestalten

15. Junges Forum der ARL
6. bis 8. Juni 2012 in Hannover

Arbeitsberichte der ARL 8

Hannover 2014

AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG
LEIBNIZ-FORUM FÜR RAUMWISSENSCHAFTEN

Tobias Federwisch

Steuerung von Metropolregionen. Konsequenzen einer politischen Beschleunigungsinitiative

Gliederung

1 Einleitung

2 Zeitkrise des Politischen

3 Degenerierung der Regionalpolitik

4 Metropolregionen im „Rasenden Stillstand“

5 Abschluss

Literatur

Kurzfassung

Mit dem Konzept der Metropolregionen hat die bundesdeutsche Raumordnung ein Instrument geschaffen, mit dem die verstädterten Regionen auf den internationalen Wettbewerb vorbereitet werden sollen. Der damit einhergehende Auf- und Ausbau metropolregionaler Governance*Regimes* soll dabei helfen, diesen Anpassungsprozess zu beschleunigen bzw. schneller und flexibler zu bewältigen. Der Artikel setzt sich kritisch mit dem landesweit zu beobachtenden Auf- und Ausbau metropolregionaler Governance-*Regimes* auseinander und fragt nach den Konsequenzen der damit einhergehenden Beschleunigungsoffensive. Im Zuge dessen wird argumentiert, dass die metropolregionalen Governance*Regimes* vielfach nur auf einem vergleichsweise niedrigen Gestaltungsniveau operieren können und das Problem des „Rasenden Stillstandes“ fördern.

Schlüsselwörter

Metropolregionen – Metropolitane Governance – Zeitkrise des Politischen – Degenerierung der Regionalpolitik – Beschleunigung – Rasender Stillstand

Governance of Metropolitan Regions. Consequences of a Policy Acceleration Initiative

Abstract

With the concept of metropolitan regions, the German Regional Planning Policy has created an instrument to prepare the urbanized regions for international competition. The creation of metropolitan governance regimes is supposed to support a faster and more flexible coping with this adjustment process. The article critically deals with the creation of metropolitan governance regimes and asks for the consequences of the acceleration accompanying this process. By this the article argues that metropolitan governance regimes can often operate only on a comparatively low level and therefore support the degeneration of regional policy, and) lead to the paradox of a “hyperaccelerated standstill”.

Keywords

Metropolitan regions – metropolitan governance – degeneration of regional policy – acceleration – hyperaccelerated standstill

1 Einleitung

Noch bis vor wenigen Jahren hat die bundesdeutsche Raumordnung die Bedeutung von Stadtregionen weitgehend ignoriert. Stattdessen interessierte man sich für hierarchisch geordnete Städtesysteme bzw. die Zentralen Orte oberer, mittlerer und unterer Stufe, mit deren landesweitem Ausbau die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilräumen der Bundesrepublik gewährleistet werden sollte (Blotevogel 2000: 162; Langhagen-Rohrbach 2005: 29). Erst mit dem Einsetzen des Globalisierungs- und Metropolendiskurses verschob sich die Perspektive zugunsten der städtischen Zentren. Zwar konnte man im Gegensatz zu anderen Nationalstaaten und mit Ausnahme der Finanzmetropole Frankfurt am Main keine dominante World City oder Global City ausfindig machen, wohl aber ein über Deutschland verteiltes Netz von verstädterten Regionen (BBR 2005; Sinz 2006; Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 168).

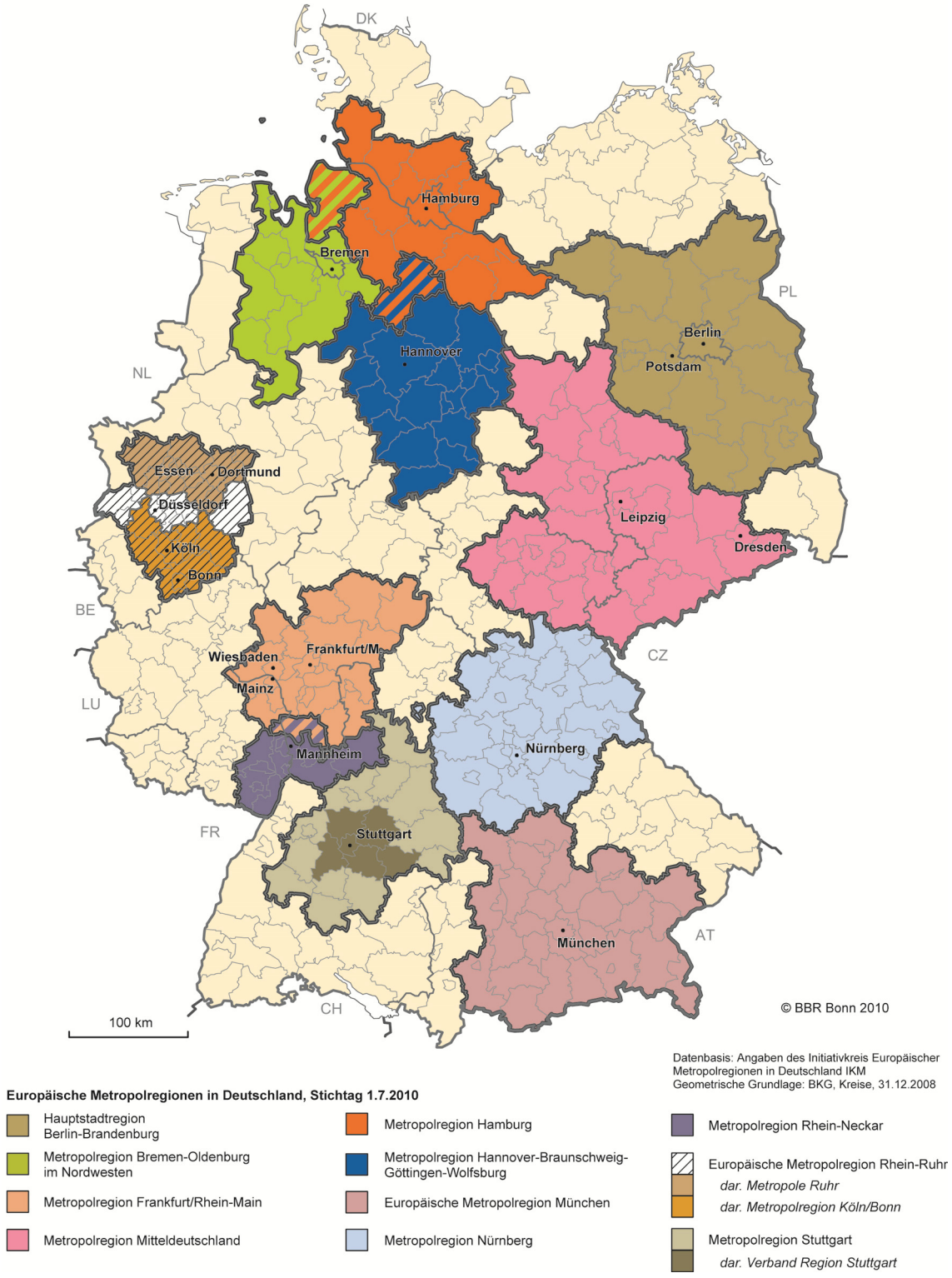
Mit dem Konzept der Metropolregionen hat die bundesdeutsche Raumordnung ein Instrument geschaffen, mit dem die verstädterten Regionen auf den internationalen Wettbewerb vorbereitet werden sollen (vgl. Abb. 1). Dem liegt die Einsicht zugrunde, dass dort die Rahmenbedingungen für Wachstum und Wettbewerb geschaffen werden sollen, wo angeblich die meisten Potenziale vorhanden sind und am aussichtsreichsten gestaltet werden können.[1] Der damit einhergehende Aufbau metropolregionaler Governance*Regimes* soll dabei helfen, diesen Anpassungsprozess schneller und flexibler bewältigen zu können.[2] In diesem Sinne können diese Governance*Regimes* auch als Ausdruck einer politischen Beschleunigungsoffensive verstanden werden, die dem neoliberalen Zeitgeist der Spätmoderne entspricht.[3]

[1] Das Konzept der „Europäischen Metropolregionen" gehört seit mehr als einer Dekade zum strategischen und informellen Instrumentarium der bundesdeutschen Raumordnungspolitik. Auf dieser Basis hat die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) im Verlaufe der letzten 15 Jahre elf verstädterte Regionen als Metropolregionen ernannt. Nachdem in der ersten Phase sechs deutsche Großstadtregionen den Kreis der „Europäischen Metropolregionen in Deutschland" bildeten (Hamburg, Berlin-Brandenburg, Rhein-Ruhr, Frankfurt-Rhein/Main, München und Stuttgart), wurden in den Jahren von 1997 bis 2005 fünf weitere Stadtregionen aufgenommen (Sachsendreieck, Nürnberg, Bremen-Oldenburg, Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg sowie Rhein-Neckar). Derzeit bewerben sich weitere Initiativen mit zum Teil breiter regionaler Unterstützung um eine Mitgliedschaft im Kreis der Metropolregionen, wobei die Region Oberrhein mit ihrem organisatorischen Kern der Oberrheinkonferenz zu den prominentesten Anwärtern gehört.

[2] Da sich die Governance-Forschung nicht auf eine Disziplin oder gar eine Fragestellung beschränkt, besitzt sie – je nach Forschungsinteresse – einen institutions-, organisations-, regulations- oder regimetheoretischen Unterbau. Unter Governance*Regimes* wird hier ein Konglomerat aus spezifischen Governancestrukturen (Organisation zumeist korporativer Akteure), Governanceprogrammen (politische Ziele und Programme) sowie Governanceprozessen (Formen und Abläufe der Zusammenarbeit) verstanden.

[3] Der Begriff der Spätmoderne wurde vor allem vom britischen Soziologen Anthony Giddens (1990) geprägt. Für ihn bezeichnet die Spätmoderne die aktuelle Phase der Moderne, die in erster Linie durch internationale politische Regimes, einen „radikalisierten" (neoliberalen) Kapitalismus, globalisierte Gesellschaftsformen, individualisierte Lebensstile sowie – in Anlehnung an Ulrich Beck (1986) – grenzüberschreitende (Umwelt-)Risiken gekennzeichnet ist. Damit grenzt sich Anthony Giddens stark von der poststrukturalistischen (französischsprachigen) Version einer Postmoderne ab, welche die Institutionen der Moderne als überholt und überkommen ansieht.

Abb. 1: Metropolregionen in Deutschland



Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2010)

In diesem Beitrag setze ich mich kritisch mit dem landesweit zu beobachtenden Aufbau metropolregionaler Governance*Regimes* auseinander und frage nach den Konsequenzen der damit einhergehenden Beschleunigungsoffensive.[4] Hierzu werde ich zunächst die Frage klären, wozu diese Governance*Regimes* überhaupt nötig sind und von den Entscheidungsträgern vorangetrieben werden. Anschließend werde ich behaupten, dass die metropolregionalen Governance*Regimes* vielfach nur auf einem vergleichsweise niedrigen Gestaltungsniveau operieren können und somit eine „Degenerierung der Regionalpolitik" (Federwisch 2012: 217 ff.) fördern. Abschließend werde ich zeigen, dass eine solche politische Beschleunigungsoffensive auch in der paradoxen Erfahrung des „Rasenden Stillstandes" (Rosa 2005: 422 ff.) münden kann, wonach auch in der metropolregionalen Politik nichts bleibt, wie es ist, ohne dass sich am Ende der Entwicklung inhaltlich etwas Wesentliches verändert hat.

2 Zeitkrise des Politischen

Wenn wir wissen möchten, wozu die metropolregionalen Governance*Regimes* nötig sind, dann sollten wir uns zunächst mit der vermeintlichen „Zeitkrise des Politischen" beschäftigen.[5] Dabei können wir auf die Gesellschaftsdiagnose des Soziologen Hartmut Rosa (Rosa 2005: 403; vgl. auch Korte 2011) zurückgreifen, für den sich die Zeitstrukturen der Politik mittlerweile von den Zeitstrukturen anderer sozialer Systeme wie der Wirtschaft oder der Interessenverbände entfernt haben. Einer der Hauptgründe für diese Entwicklung besteht darin, dass mit zunehmender gesellschaftlicher Komplexität auch die Prozesse der politischen Meinungs- und Entscheidungsfindung immer schwieriger werden. In der Folge scheint die Politik vergleichsweise langsam zu operieren und sich von den Zeitstrukturen der anderen Systeme zu entkoppeln.

Folgt man Hartmut Rosa, dann suchen die politischen Akteure nun nach Mitteln und Wegen, um diese vermeintliche „Zeitkrise des Politischen" zu überwinden. Sie wollen ihre traditionelle Rolle als gestaltende Akteure nicht einfach aufgeben und die Rahmenbedingungen der gesellschaftlichen Entwicklung auch weiterhin gestalten und kontrollieren. Diesem Steuerungsanspruch folgend, greifen die politischen Akteure auf drei zentrale Strategien zurück, um die Politik mit den beschleunigten sozialen Systemen zu synchronisieren. Dabei gehen sie nach Hartmut Rosa in drei möglichen Schritten vor: erstens mittels der Minimierung der politischen Regulierungsbereiche zur Begünstigung der intersystemischen Selbstregulierung („Verschlankung"; Rosa 2005: 409 f.); zweitens mittels eines Eingriffs in die Entwicklungsautonomie der anderen sozialen Systeme zum Zwecke der Entschleunigung dieser Systeme („Zwangsentschleunigung"; Rosa 2005:

[4] Der vorliegende Beitrag entspricht in weiten Teilen dem Vortragsmanuskript zur 15. Tagung des Jungen Forums der ARL „Raumentwicklung 3.0 – Gemeinsam die Zukunft der räumlichen Planung gestalten" vom 06.06.-08.06.2012 in Hannover. Eine umfängliche kritische Auseinandersetzung mit dem deutschen Metropolisierungsprozess erfolgt in Federwisch (2012). Darin wird dezidiert auf die Hintergründe, die konkreten Ausprägungen und die paradoxen Nebeneffekte des deutschen Metropolisierungsprozesses eingegangen.

[5] Aufgrund der weitgehenden Entkopplung der sozialen Aspekte des Lebens von ihren unmittelbaren räumlichen Gegebenheiten scheinen die politischen Praktiken der sozialen Ordnungsbildung gegenwärtig nicht nur aus der „Zeit", sondern auch aus dem tradierten Ensemble politischer Handlungs-„räume" – also: aus der administrativen Gliederung des Staates zu fallen (Werlen 2008: 22 ff.). Die damit einhergehende „Raumkrise des Politischen" hat zur Folge, dass die politischen Akteure neue Wege zur Bewältigung der scheinbaren „Raumanomalien" gehen (müssen). So werden ganz im „raumtherapeutischen" Sinne in vielen westlichen Nationalstaaten neuartige sozialräumliche Phänomene geschaffen, die bei der politischen Regulierung und Steuerung der globalisierten Gesellschaften behilflich sein sollen. Dabei können die Metropolregionen in Deutschland als ein prominentes Beispiel dieser Bestrebungen angesehen werden, die einen Beitrag zur Bewältigung spätmoderner Herausforderungen leisten sollen (vgl. Federwisch 2012).

409); oder drittens mittels einer Anpassung an das beschleunigte Innovationstempo in anderen sozialen Systemen („Beschleunigung"; Rosa 2005: 410).[6]

Übertragen auf den hier verfolgten Zusammenhang möchte ich behaupten, dass der Aufbau metropolregionaler Governance*Regime* unter anderem in der Absicht geschieht, auf die vermeintliche „Zeitkrise des Politischen" zu reagieren. Diese Behauptung begründet sich meines Erachtens vor allem damit, dass diese Governance*Regimes* dabei helfen können, die politischen Prozesse maßgeblich zu beschleunigen. So werden in der Praxis nicht selten bestimmte Handlungsfelder – wie beispielsweise Teile der gemeinsamen Struktur- und Wirtschaftsentwicklung – in den vermeintlich schneller und flexibler arbeitenden Bereich der metropolregionalen Governance ausgelagert und somit einige langwierige Hürden der parlamentarischen Demokratie umgangen.[7] Die Politik macht sich somit den vergleichsweise wenig regulierten Bereich der metropolregionalen Governance zunutze, um erstens dem Beschleunigungsdruck der Wirtschaft zu entsprechen und zweitens die Entwicklungspfade der jeweiligen Metropolregionen in temporaler Hinsicht beeinflussen zu können.

Gemäß dieser Argumentation kann der Aufbau metropolregionaler Governance*Regimes* also als ein Versuch verstanden werden, die Politik an das beschleunigte Innovationstempo der anderen sozialen Systeme anzupassen. Dabei werden zahlreiche politische Aktivitäten auf die Institutionen des „vorparlamentarischen" Raumes übertragen, um mit den Akteuren aus anderen sozialen Systemen im Gleichklang arbeiten zu können. Insofern kann der Aufbau von metropolregionalen Governance*Regimes* auch als zeitbezogene „Coping-Strategie" (vgl. Redepenning 2006; Redepenning 2008) betrachtet werden, worüber die politischen Akteure auch ihren Einfluss auf die beschleunigten sozialen Systeme zurückgewinnen, bewahren oder gar ausbauen möchten. So ist die an Autoritätsgewinnen interessierte Politik bestrebt, die Überlegungen der wirtschaftlichen Akteure unmittelbar zu beeinflussen bzw. auf bestimmte Entscheidungen zügig reagieren zu können.

[6] Empirisch lassen sich derartige Bestrebungen zur Resynchronisation in vielerlei Hinsicht belegen, wobei die politischen Akteure stets von der Überzeugung geleitet sind, dass für die Steuerung komplexer gesellschaftlicher Sachverhalte schlichtweg nicht mehr genügend Zeitressourcen zur Verfügung stehen (Rosa 2005: 407 ff.). So sind politische Maßnahmen im Sinne der „Zwangsentschleunigung" vor allem im kontrovers diskutierten Bereich der Stammzellen- und Klonforschung sowie auf dem datenschutzrechtlich sensiblen Gebiet des Informationstransfers beobachtbar, wo politische Verbote oder Beschränkungen die wissenschaftlichen und ökonomischen Aktivitäten maßgeblich ausbremsen können. Darüber hinaus gibt es auch zahlreiche empirische Belege für die politische Strategie der „Verschlankung", so etwa die Initiative der Bayerischen Staatsregierung zur Streichung politischer und angeblich wirtschaftsfeindlicher Regulierungen. Die Politik zur Erhöhung des Innovationstempos zeichnet sich wiederum durch diverse Beschleunigungsinitiativen aus, wie sie beispielsweise vom Schweizer Parlament im Jahre 2000 zur Beseitigung schleppender plebiszitärer Entscheidungsverfahren durchgeführt worden sind (Rosa 2005: 403, 409).

[7] Dies zeigt sich beispielsweise an der Metropolregion Rhein-Neckar, in der wesentliche Bereiche der regionalen Struktur- und Wirtschaftsentwicklung in das metropolregionale Governance*Regime* ausgelagert worden sind. Hierüber versprechen sich die öffentlichen und privaten Akteure eine schnellere und flexiblere – und insgesamt unkompliziertere Zusammenarbeit. In der politikwissenschaftlichen Forschung wird davor gewarnt, dass sich derartige Governance*Regimes* von der parlamentarischen Demokratie emanzipieren können. Die Parlamente werden zu einem denkbar frühen Zeitpunkt – nämlich im Prozess der Strategie- und Maßnahmenentwicklung – übergangen, da die Entscheidungen in den (auf Personalunion basierenden) Gremien der Metropolregionen erarbeitet und schließlich getroffen werden. Somit besteht (auch für die Metropolregion Rhein-Neckar) die realistische Gefahr, dass sich derartige Konglomerate zu Clubs formieren und korruptive Aktionen fördern.

3 Degenerierung der Regionalpolitik

In Anbetracht dieser soziologisch inspirierten Interpretation ist eine erste Antwort auf die Frage gegeben worden, wozu eine metropolregionale Steuerungsebene überhaupt nötig ist und gerade von den politischen Akteuren vorangetrieben wird. Kurz gesagt lässt es sich auf das implizite Versprechen zurückführen, dass mit den metropolregionalen Steuerungsmodalitäten die „Zeitkrise des Politischen" überwunden und die Gestaltungsmacht der politischen Akteure gestärkt werden kann. Bedauerlicherweise kommt ein solcher Beschleunigungsversuch jedoch nicht ohne unbeabsichtigte Handlungsfolgen oder gar negative Folgekosten aus. So ist er meines Erachtens leider nur auf einem relativ niedrigen Gestaltungsniveau möglich und untergräbt die Politik als gesellschaftsgestaltendes Projekt.

Konkret: Zu den zentralen Kennzeichen eines niedrigen Gestaltungsniveaus und der damit verbundenen Untergrabung des Politischen kann die vielerorts zu beobachtende Konzentration auf metropolregionale Marketingmaßnahmen gezählt werden. Dabei tritt die anspruchsvolle Gestaltung komplexer gesellschaftlicher Zusammenhänge hinter die marketingstrategische Generierung eines positiven Images zurück. Das sich hieraus ergebende Problem liegt in der Verkehrung des langwierigen politischen Wettbewerbs um Argumente in einen schnelllebigen Kampf um Aufmerksamkeit. Dabei droht die metropolregionale Politik auf ein bloßes Forum für Marketingaufgaben reduziert zu werden, das Fragen der Entwicklung in erster Linie mithilfe von Marketingstrategien beantwortet. [8]

Dass eine solche „Degenerierung der Regionalpolitik" – also das „Eindampfen" von (Regional-)Politik auf (Regions-)Marketing – tatsächlich ein Problem darstellt, zeigt sich beispielsweise an der Metropolregion Mitteldeutschland (Federwisch 2012: 139 ff.). Nachdem die verantwortlichen Akteure in den Jahren 1997 bis 2007 einige politisch interessante Entwicklungsmöglichkeiten (wie die Verschränkung mit der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland) ungenutzt gelassen und die Metropolregion (wie zuletzt im Namensfindungsprozess) mehrfach an den Rand des Scheiterns gebracht haben, rücken sie die Metropolregion nun in Richtung einer Marketingplattform mit den dazugehörigen Maßnahmen in den Bereichen des Lobbying und der Werbung. Schlimmer noch: Das mitteldeutsche Governance*Regime* kaschiert die mangelhafte Substanz seiner Aktivitäten damit, dass es niedrigschwellige Marketingprojekte wie einen Wissenschaftsatlas, eine Imagebroschüre zur Familienfreundlichkeit, einen Online-Kulturkalender oder einen gemeinsamen Ausstellungsstand auf der Messe „Exporeal" als große Erfolge bewertet. Letztlich wird sogar so weit gegangen, dass genuin kommunale Maßnahmen wie ein Familienbüro im Leipziger Rathaus, eine Spielplatzinitiative der Stadt Dessau-Roßlau, ein Qualitätssiegel für kinderfreundliche Gastronomie in Halle oder ein Wohnprojekt in Jena als herausragende (familienfreundliche) Maßnahmen der Metropolregion ausgewiesen werden.

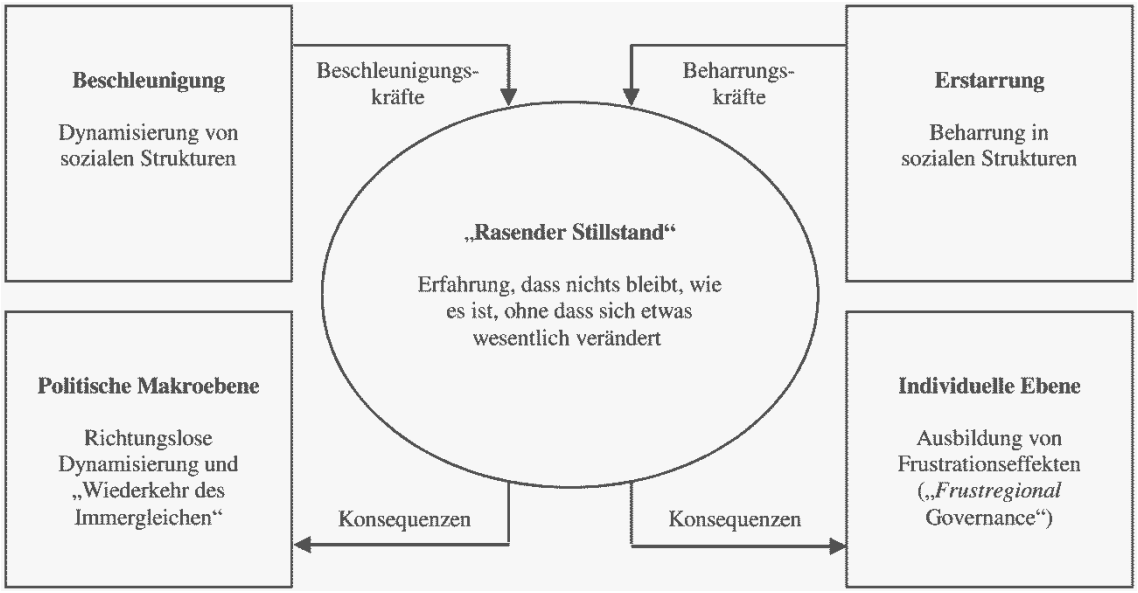
[8] Petrin und Knieling (2009: 302) weisen in einem der wenigen kritischen Beiträge zu den Metropolregionen in Deutschland darauf hin, dass das metropolitane „upgrading" – also die marketingstrategische Anpassung an die Raumsemantiken der Metropole – in einer wenig Erfolg versprechenden Überanpassung an die „Ökonomie der Aufmerksamkeit" (Franck 1999), die „Ökonomie der Zeichen" (vgl. Helbrecht 2004) oder die „Ökonomie der Faszination" (Schmid 2009) resultieren kann. Dabei können die zunehmende „Eventisierung" der Stadt (vgl. Bittner 2002), die „Festivalisierung der Stadtpolitik" (Häußermann 1993), das Abzielen auf möglichst gute Positionen im Standortranking oder die Produktion von vermarktbaren Medienbildern (vgl. Meyer zu Schwabedissen/Miggelbrink 2005) als Indizien für eine eng geführte Regionalpolitik bewertet werden.

Mit diesen Bemerkungen möchte ich festhalten, dass mit der politischen Beschleunigungsoffensive die Gefahr einer marketingzentrierten metropolregionalen Politik gestiegen ist. Im Folgenden möchte ich meine Argumentation dahingehend zuspitzen, dass mit der politischen Beschleunigungsoffensive auch die Gefahr eines „Rasenden Stillstandes" (Rosa 2005: 422) gestiegen ist. Dieser ist von der Erfahrung der Vor-Ort-Akteure geprägt, dass trotz der Steigerung der politischen Aktivitäten keine anspruchsvolle Entwicklung erkennbar ist. Oder besser: Dass in der metropolregionalen Politik nichts bleibt, wie es ist, ohne dass sich jedoch inhaltlich etwas Wesentliches verändert hat.

4 Metropolregionen im „Rasenden Stillstand"

Zum besseren Verständnis sollten wir uns zunächst klar machen, dass ein „Rasender Stillstand" (Rosa 2005: 422 ff.; Rosa 2009: 110; vgl. auch Virilio 1992) das Ergebnis der Gleichzeitigkeit von politischer Beschleunigung und struktureller Erstarrung ist (vgl. Abb. 2). Dabei wird im Kontext der Metropolregionen der Aspekt der politischen Beschleunigung häufig in den Vordergrund gestellt und die Geschichte der deutschen Metropolregionen als eine (erfolgreiche) Beschleunigungsgeschichte erzählt. Dies scheint auf den ersten Blick auch einige Relevanz zu besitzen: Irgendwie regen sich die Metropolregionen im etablierten Geflecht des vertikalen Staatsaufbaus, irgendwie bewegen sich die sozialen Beziehungen in den bestehenden regionalen Netzwerken, irgendwie verändern sich die tradierten Handlungsorientierungen der Akteure, und irgendwie dynamisieren sich die herkömmlichen Praxisformen zugunsten neuartiger Modalitäten.

Abb. 2: Konsequenzen sozialer Beschleunigung und struktureller Erstarrung



Quelle: Eigene Darstellung (in Anlehnung an Rosa 2005)

Auf der anderen Seite scheint in der Diskussion um die Metropolregionen in Deutschland der Aspekt der strukturellen Erstarrung tendenziell in den Hintergrund zu geraten. Dies ist insofern problematisch, als sich die politische Ordnung nur soweit verändern kann, wie es die etablierten Geographien der Macht – also die Strukturen des vertikalen Staatsaufbaus – auch erlauben. So gesehen kann der metropolregionalen Beschleunigungsgeschichte auch eine der strukturellen Erstarrung entgegengestellt werden: Irgendwie erstarren die Metropolregionen in dem etablierten Geflecht des vertikalen

Staatsaufbaus, irgendwie verhärten die sozialen Beziehungen in den alten Maschen der Macht, irgendwie verharren die regionalen Akteure in den herkömmlichen Entwicklungsprogrammen, und irgendwie beharren sie letztlich doch auf den wenig inspirierenden Praxisformen der Regionalpolitik (Federwisch 2012: 220 f.).

Für den hier verfolgten Zusammenhang ist entscheidend, dass sich die Metropolregionen in einen „Rasenden Stillstand" – also eine Dialektik aus politischer Beschleunigung und struktureller Erstarrung – verstricken können. Dieser „Rasende Stillstand" verweist darauf, dass sich im Zuge des allseits beobachtbaren Aktionismus zwar die regionalpolitische Ordnung verändert, zugleich aber auf eine erstaunliche Weise keine politisch gerichtete Entwicklung stattfindet. „Rasender Stillstand" bedeutet somit, dass sich im Zuge des Aufbaus metropolregionaler Governance*Regimes* zwar vieles, aber inhaltlich eben nichts Wesentliches verändert hat. In Anlehnung an Hartmut Rosa könnte man sagen: Die Politik verändert sich, aber sie entwickelt sich nicht; es gibt zwar unzählige Initiativen, Programme und Maßnahmen, aber keine Weiterentwicklung. Die Politik wird zunehmend ziellos und kontingent; als degenerierte Praxis verliert sie ihre Richtung.

Akzeptiert man diesen soziologischen Befund, dann sollten auch die Konsequenzen dieser Entwicklung auf der politischen Makroebene in den Blick genommen werden (vgl. Abb. 2). So kommt die Krise der Metropolregionen vor allem darin zum Ausdruck, dass deren Entwicklung sich in der „Wiederkehr des Immergleichen" (Rosa 2005: 437) erschöpft. Nicht anders ist die Durchführung einer weiteren Marketingstrategie, einer weiteren Werbekampagne oder einer weiteren Lobbyaktion zu interpretieren, welche für die metropolregionale Politik kennzeichnend ist. So gesehen scheinen die Vor-Ort-Akteure zwar recht umtriebig zu sein – sie treffen jedoch keine richtungweisenden Entscheidungen, da es für sie im Rahmen der Metropolregionen allzu häufig nur (degenerierte) Entscheidungen hinsichtlich des (Regions-)Marketings zu treffen gibt (vgl. Kapitel 3).

Aus dieser quasi richtungslosen Dynamisierung kann sich eine zweite krisenverstärkende Konsequenz ergeben, die nunmehr allerdings auf der individuellen Ebene angesiedelt ist (vgl. Abb. 2). So kann die individuelle Wahrnehmung eines „Rasenden Stillstandes" auch zu Frustrationseffekten führen. Diese Effekte zeigen sich beispielsweise an der mitteldeutschen Metropolregion, in der sich neben der „Metropolisierungslust" einzelner Kommunalpolitiker auch ein „Metropolisierungsfrust" von Akteuren aus der Verwaltungsebene eingestellt hat. Dabei bezieht sich deren Frustration häufig auf die Richtungslosigkeit der politischen Steuerung sowie die Perspektivlosigkeit der Projektaktivitäten, die in den Phänomenen des „Netzwerksfrustes" oder der „*Frustregional*Governance" ihren Ausdruck gefunden hat.

5 Abschluss

Mit diesen kritischen Überlegungen zur „Degenerierung der Regionalpolitik" und zum „Rasenden Stillstand" soll meine hier verfolgte Argumentation zu einem vorläufigen Ende gebracht werden. Dabei ging es mir nicht nur darum, den Aufbau metropolregionaler Governance*Regimes* in den Zusammenhang mit der „Zeitkrise des Politischen" zu stellen. Vielmehr hatten meine soziologisch inspirierten Ausführungen zum Ziel, auf einige unbeabsichtigte Handlungsfolgen und negative Folgekosten dieser politischen Beschleunigungsoffensive hinzuweisen. Vor diesem Hintergrund scheinen meines Erachtens weitere Überlegungen in der Tradition der sozialwissenschaftlichen Aufklärung nötig, für die mein Beitrag nur einen möglichen Ausgangspunkt darstellen kann.

Literatur

BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2005): Raumordnungsbericht 2005. Bonn.

Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main.

Bittner, R. (Hrsg.) (2002): Die Stadt als Event. Zur Konstruktion urbaner Erlebnisräume. Frankfurt am Main, New York. = Edition Bauhaus 10.

Blotevogel, H. H. (2000): Gibt es in Deutschland Metropolen? Die Entwicklung des deutschen Städtesystems und das Raumordnungskonzept der „Europäischen Metropolregionen". In: Matejovski, D. (Hrsg.): Metropolen. Laboratorien der Moderne. Frankfurt am Main, New York, 139-167.

Federwisch, T. (2012): Metropolregion 2.0. Konsequenzen einer neoliberalen Raumentwicklungspolitik. Stuttgart.

Franck, G. (1999): Ökonomie der Aufmerksamkeit. Ein Entwurf. München.

Giddens, A. (1990): Konsequenzen der Moderne. Frankfurt am Main.

Häußermann, H. (Hrsg.) (1993): Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte. Opladen.

Häußermann, H.; Läpple, D.; Siebel, W. (2008): Stadtpolitik. Frankfurt am Main.

Helbrecht, I. (2004): Stadtmarketing. Vom Orakel zum Consulting. Identitätspolitiken in der Stadt. In: Hilber, M. L.; Ergez, A. (Hrsg.): Stadtidentität. Der richtige Weg zum Stadtmarketing. Zürich, 165-174.

Korte, K.-R. (2011): Eine Zeitkrise des Politischen. Über die Zeitkrise im Superwahljahr 2011. http://www.regierungsforschung.de/dx/public/article.html?id=142 (17.02.2012).

Langhagen-Rohrbach, C. (2005): Raumordnung und Raumplanung. Darmstadt.

Meyer zu Schwabedissen, F.; Miggelbrink, J. (2005): Wo der Standort trompetet, geht die Freiheit flöten. Bilder interurbanen Wettbewerbs am Beispiel der Bewerbung Leipzigs zur „Canditate City" für die Olympischen Spiele 2012. In: Social Geography 1 (1), 15-27.

Petrin, J.; Knieling, J. (2009): Das Bildversprechen der Metropolregion. Potenziale und Risiken einer bildmächtigen Raumkategorie. In: Knieling, J. (Hrsg.): Metropolregionen. Innovation, Wettbewerb, Handlungsfähigkeit. Hannover, 300-322. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 231.

Redepenning, M. (2006): Wozu Raum? Systemtheorie, critical geopolitics und raumbezogene Semantiken. Leipzig. = Beiträge zur Regionalen Geographie 62.

Redepenning, M. (2008): Eine selbst erzeugte Überraschung: Zur Renaissance von Raum als Selbstbeschreibungsformel der Gesellschaft. In: Döring, J.; Thielmann, T. (Hrsg.): Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften. Bielefeld, 317-340.

Rosa, H. (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Frankfurt am Main.

Rosa, H. (2009): Kapitalismus als Dynamisierungsspirale. Soziologie als Gesellschaftskritik. In: Dörre, K.; Lessenich, S.; Rosa, H. (Hrsg.): Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte. Frankfurt am Main, 87-125.

Schmid, H. (2009): Economy of Fascination: Dubai and Las Vegas as themed urban landscapes. Berlin, Stuttgart. = Urbanization of the Earth 11.

Sinz, M. (2006): Die neuen Leitbilder der Raumentwicklung. Anmerkungen zu einem politischen Diskurs. In: Informationen zur Raumentwicklung 11/12, 605-612.

Virilio, P. (1992): Rasender Stillstand. München.

Werlen, B. (2008): Sozialgeographie. Eine Einführung. Bern, Stuttgart, Wien.

Autor

Tobias Federwisch hat an den Universitäten Jena und Edinburgh Geographie, Politikwissenschaften und Soziologie studiert. 2011 wurde er mit einer Dissertation zum deutschen Metropolisierungsprozess promoviert. Im Zentrum seiner wissenschaftlichen Arbeit stehen Beiträge zur Regionalisierungsforschung.